

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/241

16. Dezember 1976

Mehr Solidarität, mehr Liberalität, mehr Menschlichkeit

-----  
Anmerkungen zur Regierungserklärung von Bundeskanzler  
Helmut Schmidt

Seite 1 / 44 Zeilen

Eine wertvolle Entscheidungshilfe

-----  
Zur Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und  
Sozialordnung

Seite 2 und 3 / 71 Zeilen

Erweiterter § 7b rettet unsere alten Städte

-----  
Das Gesamtkonzept der Stadterhaltungspolitik jetzt  
komplett

Von Dr. Dlaf Schwoncke MdB

Präsident der Denkmalschutzkommission der Parlamentari-  
schen Versammlung des Europarates und Mitglied des  
Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz

Seite 4 / 30 Zeilen

Warum kneift der Ostberliner Sport?

-----  
Linientreueste Funktionäre machen die DDR zur Klein-  
provinz

Seite 5 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ecker

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 409  
Presshaus I, Zimmer 217 224  
Telefon: 21 90 36-39  
Telex: 08 89 843-48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnstraße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Mehr Solidarität, mehr Liberalität, mehr Menschlichkeit

Anmerkungen zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt

Die Bundesrepublik Deutschland wird auch in den nächsten Jahren zu den freiheitlichsten und wirtschaftlich wie politisch stabilsten Ländern der Welt zählen. Dies ist Ziel und Absicht der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt, mit der in Bonn wieder der politische Alltag eingezogen ist.

Wenn die Bundesbürger die Regierungserklärung abklopfen nach den Konsequenzen, die sie für jeden Einzelnen bringt, dann wird nicht einstimmiger Jubel zu vernehmen sein. Sie gibt in der Tat auch keinen Grund zum freudigen Aufschrei. Aber es war doch vorauszusehen gewesen, daß das zweite Kabinett Schmidt nicht mit dem Füllhorn übers Land ziehen wird und kann. Inmitten einer in ihrer wirtschaftlichen und somit auch in ihrer politischen Stabilität gefährdeten Umwelt ist es die Pflicht der sozialliberalen Bundesregierung, realistisch und mit Augenmaß zu erhalten, was erreicht worden ist, und behutsam mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr sozialen Ausgleich zu schaffen.

Die stürmische Aufwärtsentwicklung in den Industrienationen ist weltweit vorbei. Daß der Bundeskanzler den Bürgern dennoch nicht "Blut, Schweiß und Tränen" prophezeien mußte, sondern ihnen Hoffnung und einen der ersten Plätze in der Weltrangliste anbieten konnte, hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß Sozialdemokraten nun bereits im elften Jahr in der Regierungsverantwortung stehen. Sie haben dafür gesorgt, daß sozialer Frieden in der Bundesrepublik Deutschland Stabilität und damit auch wirtschaftlichen Erfolg garantiert.

Die Regierungserklärung macht deutlich, daß die Zeit der Reformen noch lange nicht zu Ende ist. Sie zeigt vielmehr, daß Verbesserung der Lebensbedingungen durch ständiges Reformieren eine nie endende Aufgabe ist. Sie läßt aber zugleich erkennen, daß auch in der Bundesrepublik die Bäume nicht in den Himmel wachsen können.

Eines der großen Themen der nächsten vier Jahre wird "mehr Bürger-nähe, mehr Liberalität und mehr Menschlichkeit" heißen. Dieses ist gerade für die Sozialdemokraten eine große und zwingende Chance, den ihr oft nachgesagten Hang zu Bürokratismus und Bürgerbevormundung abzuschütteln.

Die Oppositionsparteien werden es schwer haben, der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt eine sachliche Alternative entgegenzusetzen. CDU und CSU haben gerade in der jüngsten Zeit erkennen müssen, daß mit Tricks und Winkelzügen nur begrenzt Politik zu machen ist. Sie werden im gemeinsamen Interesse hoffentlich auch eines Tages erkennen, daß ewiges Neineagen keine Politik ist, die die Bürger erwarten und die der Staat braucht.

Die über eine Million Sozialdemokraten in der Bundesrepublik können voll hinter dieser Regierungserklärung ihres Bundeskanzlers stehen. Sie beinhaltet genau das, was die Partei monatelang im Wahlkampf vertreten hat. Daß die Koalitionsregierung manchmal langsamer vorkommt als die nach vorne drängende Partei es sich wünscht, ist nichts neues. Die Hauptsache ist: die Richtung stimmt.

Helmut G. Schmidt  
(-/16.12.1976/bgy/pr)

Eine wertvolle Entscheidungshilfe

Zur Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

In halbjährigen Abständen erforscht die Bundesanstalt für Arbeit die Struktur der Arbeitslosigkeit. Letztmals geschah dies im Mai, nunmehr liegen die statistischen Werte des September 1976 vor. Die Bundesanstalt - stärker "am Markt" orientiert als so manche Dienststelle - hat ein Zahlenwerk geliefert, das es verdient, von der Politik und von den Tarifpartnern sehr ernst genommen zu werden. Leider ist die Halbjahresuntersuchung durch die aktuellen politischen Ereignisse in Bonn in den Hintergrund gedrängt und meist nur in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen veröffentlicht worden. Sehr zu Unrecht, denn erstmals haben "Bürokraten" auch die gesellschaftspolitischen Aspekte der Arbeitslosigkeit einzufangen versucht.

Daß Arbeitslosigkeit ein psychosoziales Problem ist, ergibt die Repräsentativbefragung, die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung angestellt wurde und den neuen statistischen Werten beigegeben worden ist. Die Befragung erhellt, daß die Einkommensverluste der Arbeitslosen kaum statistisch gemittelt werden können. Überraschendes Ergebnis der Befragung: Im Durchschnitt wird der Einkommensverlust mit 45 vH angegeben. Es wird nachzufragen sein, wie so etwas entsteht. Entweder lagen die Arbeitslosen über den Versicherungsgrenzen oder sie empfinden subjektiv die Einkommenseinbußen stärker als sie tatsächlich sind.

Niemand wird bestreiten wollen, daß Arbeitslosigkeit auch zu finanziellen Härten im Familienbudget führt. Nur: Das allein ist nicht die Frage, die sich Arbeitslose stellen. Arbeitslosigkeit gilt als gesellschaftlicher Makel. Man verschweigt sie der Umwelt, den Freunden und Bekannten gegenüber. Weitere Probleme tun sich auf: Die unfreiwillig zugewachsene Freizeit ist nicht zu bewältigen. Es gibt Ärger mit der Familie. Das Selbstwertgefühl bekommt einen Knack. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, um so stärker werden die Probleme. Erschütternde Bilanz der Umfrage ist eigentlich die Tatsache, daß über die Hälfte der Arbeitslosen über mangelnden Kontakt mit früheren Kollegen klagten und - sicher teilweise auch finanziell bedingt - sich in das Schneckenhaus des eigenen Schicksals zurückziehen.

Wie lange aber dauert Arbeitslosigkeit in diesem Lande? Hier hilft uns die Septemberstatistik weiter. Je jünger man ist, desto früher wird man arbeitslos und um so eher hat man die Chance, wieder eine Beschäftigung zu erreichen. Voraussetzung allerdings ist ein qualifizierter Schulabschluss, eine abgeschlossene Berufsausbildung. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto problematischer ist die Wiedereingliederung ins Berufsleben. Bei den

Älteren Arbeitslosen mit Lebensalter 55 und später wird's alarmierend. Arbeitslose dieser Altersgruppe sind kaum noch vermittelbar. Ab Lebensalter 59 allerdings greift eine besondere "Spielart" unseres Sozialstaates: Durch betriebliche Sozialmaßnahmen "abgefedert", geht man früher in die Arbeitslosigkeit, um den Anspruch auf ein vorgezogenes Altersruhegeld zu erreichen. Der Gesetzgeber tut gut daran, dieser Entwicklung sein besonderes Augenmerk zu widmen. Wenn das "Ausmustern" der 59jährigen zur Regel wird, sind die unmittelbar davorliegenden Jahrgänge stärker als bisher von Arbeitslosigkeit bedroht. Die bisherigen Schranken der Gesetze und der Tarifverträge schaffen da offensichtlich noch nicht die notwendigen, kaum übersteigbaren Barrieren.

Angestellte werden, so zeigt die Halbjahresstatistik, auf absehbare Zeit nicht mit verbesserten Berufschancen rechnen können, so sie arbeitslos sind. Hier greift der strukturelle Wandel im tertiären Sektor mit voller Wucht. Es bedarf keiner Prophetie, um vorherzusagen, daß die Entwicklung längst noch nicht abgeschlossen ist. Leidtragende sind im Überwiegenden Umfange die Frauen. Sie stellten schon im September, und jetzt noch zeitlicher, die Mehrheit aller Arbeitslosen.

Die Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit bestätigt mit ihren Zahlen, wie berechtigt das 430-Millionen-Programm der Bundesregierung zur Bekämpfung der längerfristigen Arbeitslosigkeit war. Es zielt genau auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes und will verhindern, daß Arbeitslosigkeit zum Dauerschicksal wird. Man kann nur wünschen, daß das Programm Erfolg hat. Auswertbare Erkenntnisse liegen derzeit bei der Bundesanstalt für Arbeit noch nicht vor. Die Strukturanalyse wird helfen, noch gezielter die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für diesen Personenkreis verbessern zu können. Knapp 25.000 Arbeitslose sind innerhalb eines Jahres in die Zone jener gerückt, die zwei Jahre und länger ohne Beschäftigung sind. 38.500 Stellungsuchende mehr nähern sich der Zweijahresgrenze. Im gebremsten Aufschwung verfestigt sich generell die Dauer der Arbeitslosigkeit. Hier hat die Politik die große Aufgabe, durch Programme der genannten Art Dauerarbeitslosigkeit abzubauen.

Das enthebt uns alle nicht der Verpflichtung, mehr qualifizierte Dauerarbeitsmöglichkeiten für alle zu schaffen. Ein Kompliment der Bundesanstalt: Im Gespräch mit dem Bundesarbeitsministerium sind Entscheidungshilfen für die Politik geschaffen worden, die es jetzt zu nutzen gilt.

(-/16.12.1976/va/pr)

+ + +

Erweiterter § 7 b rettet unsere alten Städte

Das Gesamtkonzept der Stadterhaltungspolitik jetzt komplett

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Präsident der Denkmalschutzkommission der Parlamentarischen Versammlung  
des Europarats und Mitglied des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seiner Regierungserklärung den "Innenbereich unserer Städte und Gemeinden erhalten und erneuern zu helfen" als einen der acht wichtigsten Schwerpunkte seiner Regierungsarbeit bezeichnet. Das klingt wohlvertraut, wie eh und je, klingt beinahe wie eine Parole aus dem Europäischen Jahr des Denkmalschutzes 1975 - und ist dennoch entscheidend viel mehr: Helmut Schmidt konkretisiert die Absicht seiner Regierung, indem er, in Fortführung sozialliberaler Eigentumsförderung, die Befreiung von der Grunderwerbssteuer und vor allem die Ausdehnung des § 7 b EStG auf den Erwerb von alten Wohnungen und Wohngebäuden ankündigt.

Solche Prioritäten werden umgehend legislativ zu realisieren sein: Das ist volkswirtschaftlich sinnvoll, städteerhaltungspolitisch notwendig und lebensqualitätsfördernd. Damit läge, nachdem das neue Bundesbaugesetz, das am 1. Januar 1977 mit seinen verschärfenden Erhaltungs- und Modernisierungspflichten (§§ 39 in Verbindung mit § 34) in Kraft tritt, ein Modernisierungsgesetz parlamentarisch bereits verabschiedet ist, mit dem Städtebauförderungsgesetz von 1971 und nicht zuletzt mit der zeitlich und inhaltlich fortgeschriebenen Einkommenssteuerdurchführungsverordnung (EStDV) § 82 a ("Erhöhte Absetzung von Herstellungskosten für Anlagen und Einrichtungen bei Wohngebäuden") nunmehr ein wirksames Gesamtkonzept zur Erhaltung und Modernisierung unserer gewachsenen Städte und Gemeinden vor: ein Stück weit bessere Lebensqualität für alle Bürger!

Neue städtebauliche Prioritäten - wie sie Bundesbauminister Karl Ravens häufiger forderte - sind dadurch gesetzt: Nun "lohnt" es sich in der Tat nicht mehr, alte Gebäude verfallen zu lassen, um sie dann abzureißen und an ihrer Stelle auf der Grundlage des bisherigen Abschreibungsparagraphen 7 b EStG ein neues Haus zu bauen, sondern die erhaltende Modernisierung wird zur besseren Alternative (und hat natürlich auch erfreuliche arbeitsmarktpolitische Konsequenzen): Unsere alten Städte haben Zukunft!

(-/16.12.1976/vs/pr)

+ + +

## Warum kneift der Ostberliner Sport ?

### Linientreueste Funktionäre machen die DDR zur Kleinprovinz

Auf kaum einem anderen Gebiet der innerdeutschen Beziehungen tut sich die DDR-Regierung in der Erfüllung der getroffenen Vereinbarungen so schwer, wie bei der Ausweitung der Sport- und Jugendbeziehungen. Es ist ein Leichtes, den Regierenden in Ost-Berlin eine Litanei von Zitaten, Absichtserklärungen und Verapprechungen im Hinblick auf Fortschritte auch in der Entwicklung der Sportbeziehungen auf der Basis des Grundlagenvertrages des Protokolls der beiden deutschen Sportbünde vom Mai 1974 oder den KSZE-Vereinbarungen von Helsinki vorzuhalten. Zwar ist für die Renommierabteilung der SED der Sport ein Lieblingskind, die Sportler - vor allem auf der mittleren und unteren Ebene sowie die Sportjugendlichen - werden allerdings nicht gerade mit Vertrauen Übergossen - man kann dieses Verhalten auch Mißtrauen nennen.

Anders ist die restriktive Haltung des Deutschen Turn- und Sportbundes bei den gegenwärtigen Gesprächen mit dem Deutschen Sportbund über den Veranstaltungskalender 1977 nicht zu verstehen. Der Deutsche Sportbund in Frankfurt hat der Ostberliner Sportführung eine Vorschlagsliste mit gut 200 Begegnungen für 1977 übergeben. Allein mehr als 70 Fußballvereine - darunter acht Bundesligaklubs - möchten für das kommende Jahr Spielpartner zwischen Elbe und Oder haben. Gemessen an der Rolle, die die DDR-Sportpolitik sich international selbst zubilligt, ist ihr Verhalten gegenüber dem deutschen Nachbarland kläglich zu nennen, wenn von einem Angebot von etwa 60 Begegnungen für 1977 die Rede ist.

Interessant ist, in welcher Weise die DDR-Führung bei der KSZE-Folgekonferenz 1977 in Belgrad einen positiven Nachweis im Teilbereich Sport erbringen will. So finden jährlich mindestens 3.000 Sportbegegnungen mit reichlich 50.000 Teilnehmern zwischen der DDR und Polen statt. 1976 bringt es Polen immerhin auf mehr als 200 Begegnungen mit Vereinen und Verbänden aus Bundesgebiet und Berlin (West). Gegenüber den Wünschen und Interessen der Sportler der beiden deutschen Sportbünde versucht sich die SED-Führung weitgehend taub zu stellen. Von allen Staatsorganisationen mit ernstzunehmender Außenwirkung war der DTSB stets ein linientreuer Garant der jeweils in Ostberlin Regierenden. Er soll offenkundig weiterhin als sicherer Hort für ideologisch Kleingläubige benutzt werden. Und doch würde ein gerütteltes Maß an Säkularisierung der DDR-Sportführung ganz und gar nicht schaden.

(schm/16.12.1976/va/pr)

Verantwortlich für den Inhalt: <sup>+</sup> <sup>+</sup> <sup>+</sup> Clava Preller